

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Guantanamo ist nur ein Symbol“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, 65, und der amerikanische Heimatschutzminister Michael Chertoff, 54, über die schwierige Suche nach einem neuen Terrorstrafrecht und die Frage, ob die Tötung Osama Bin Ladens erlaubt wäre



FOTOS: WERNER SCHUERING

Minister Chertoff, Schäuble: „Wir haben eine Weile gebraucht, um uns auf das Thema Terrorismus einzustellen“

SPIEGEL: Minister Schäuble, Secretary Chertoff, Sie haben gerade mit vier Ihrer Kollegen und einer Runde internationaler Experten über die Zukunft der Terrorismusbekämpfung diskutiert. Wieso brauchen Sie externen Rat?

Schäuble: Wir hatten schon im Mai bei einem Treffen der Innenminister vereinbart, dass wir einmal ganz offen darüber reden, wie wir mit der Bedrohung durch den Terrorismus umgehen. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind nur

noch schwer zu bestimmen. Also geht es darum, im Rahmen unserer Verfassungen maximalen Schutz für die Menschen zu garantieren. Jeder hat ja so seine Erfahrung: Unser spanischer Kollege mit der ETA, der Brite mit der IRA, wir mit der RAF. Und unser französischer Partner hat an die Erfahrungen aus dem Algerien-Krieg erinnert.

Chertoff: Wir wollen uns darüber klarwerden, welche rechtlichen Möglichkeiten wir derzeit haben und welche Lücken es noch gibt.

SPIEGEL: Mehr als sechs Jahre sind seit den Anschlägen vom 11. September vergangen. Wieso dauert es so lange, bis Europa und die USA mit der Suche nach einer gemeinsamen Linie im Umgang mit Terrorverdächtigen beginnen?

Chertoff: Wir hätten diesen Dialog früher beginnen sollen, aber wir haben einfach eine Weile gebraucht, um uns auf das Thema Terrorismus einzustellen. Dabei haben wir einige gute und einige schlechte Erfahrungen gemacht, aus denen wir nun unsere Schlüsse ziehen.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Schäuble: Wir müssen darüber reden, wie wir Terrorverdächtige unter Beachtung ih-

rer Rechte leichter abschieben können. In der Berliner Koalitionsvereinbarung haben wir außerdem beschlossen, den Besuch von Ausbildungscamps unter Strafe zu stellen. Wir wollen das gemeinsam international machen, so dass alle voneinander lernen. Der Punkt ist doch: Bei den möglichen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus reichen die klassischen Mittel der Strafverfolgung nicht mehr in allen Situationen aus.

Chertoff: Unser herkömmliches Recht zielt darauf, Leute für das zu bestrafen, was sie schon verbrochen haben. Und dabei hoffen wir, dass die Strafe sie auch davon abhält, weiter Verbrechen zu begehen. Bei Selbstmordattentätern gibt es aber niemand, den wir vor Gericht stellen können, und deshalb fehlt jede abschreckende Wirkung.

SPIEGEL: Aber darüber klagen Sie seit Jahren. Ist es nicht an der Zeit, konkrete Antworten anzubieten?

Chertoff: In Amerika ist es bereits ein Vergehen, in einem Trainingslager für Terroristen gewesen zu sein oder eine Terrorvereinigung zu unterstützen. Wir müssen nicht den Nachweis führen, dass jemand persönlich einen Anschlag verüben wollte. Wir nennen das eine Verschwörung. Damit

Michael Chertoff

Mit verfassungsrechtlichen Fragen kennt sich der Jurist bestens aus: Zeitweilig arbeitete er am Supreme Court, dem obersten amerikanischen Gericht, später in New Jersey als Bundesanwalt. George W. Bush berief Chertoff, der eine wichtige Rolle bei der Einführung der Überwachungsgesetze des „Patriot Act“ spielte, Anfang 2005 zum Minister für Heimatschutz. Am ersten Dezember-Wochenende nahmen die Minister Chertoff, Schäuble und vier europäische Kollegen an einer Konferenz am brandenburgischen Schiellowsee teil.

können wir schon weit im Vorfeld zuschlagen ...

SPIEGEL: ... was das Risiko beinhaltet, auch Mitläufer zu verurteilen, die nicht sonderlich tief verstrickt sind.

Chertoff: Die Gefahr beim Abwarten ist, dass wir zu lange zuschauen, mit allen Folgen. Wenn wir Ausländer aufgreifen, die eine Bedrohung sind, können wir sie nicht abschieben. Diese Leute werden oftmals in ihren Heimatländern wegen terroristischer Aktivitäten gesucht und wurden dort brutal behandelt. Da müssen wir zwischen den Rechten des Einzelnen auf eine faire Behandlung und der potentiellen Bedrohung der Gesellschaft abwägen.

SPIEGEL: Es gäbe eine Lösung: Sie benötigen handfeste Garantien, dass die Abgeschobenen in ihren Heimatländern nicht gefoltert werden.

Chertoff: Das wäre eine Möglichkeit, aber das zu erreichen ist sehr schwierig. Wenn wir eine solche Garantie nicht bekommen, bleiben nur zwei Wege: Entweder sperren Sie eine solche Person für unbestimmte Zeit weg, was gegen geltendes Recht verstößt. Oder Sie finden ein drittes Land, das bereit ist, so jemanden aufzunehmen. Aber je gefährlicher der Betreffende ist, umso weniger Länder wollen ihn haben.

SPIEGEL: Sie klingen, als wollten Sie Guantanamo zu einer dauerhaften Einrichtung machen. Können Sie sich wenigstens dazu durchringen, dass Guantanamo keine Lösung ist?

Schäuble: Jeder in Europa stimmt zu, dass Guantanamo nicht die Lösung sein kann. Da gibt es für mich kein Augenzwinkern. Gegen Guantanamo zu sein ist einfach, die Entwicklung konstruktiver Vorschläge ungleich schwieriger. Aber all das führt uns doch dazu, dass wir offen darüber nachdenken müssen, was die Alternativen sein können. Das tun wir.

SPIEGEL: Herr Chertoff, sind Sie bereit, Guantanamo zu schließen?

Chertoff: Präsident George W. Bush hat es so gesagt: Es wäre wunderbar, wenn wir Guantanamo schließen könnten. Aber darum geht es nicht. Die Frage ist, was wir mit den Gefangenen machen, die in den USA nicht vor Gericht gestellt werden können, weil sie terroristische Verbrechen in anderen Ländern und in Kriegsgebieten verübt haben. Gegen solche Leute können wir



Stammeskämpfer in Pakistan: „Wir wollen die Leute ja nicht misshandeln“

nicht in der üblichen Art Beweise zusammentragen, und wir haben bisher keinen Weg gefunden, dieser Zwickmühle zu entkommen. Guantanamo ist nur ein Symbol dieses Dilemmas. Deshalb sitzen wir ja hier.

SPIEGEL: Aber es sind doch genau Guantanamo und die Misshandlung von Häftlingen, die dazu führen, dass Sie bislang keine gemeinsame Linie mit den europäischen Verbündeten finden konnten.

Chertoff: Die Zusammenarbeit mit unseren Alliierten ist exzellent. Guantanamo ist für uns vor allem ein PR-Problem. Aber noch mal: Wer uns kritisiert, muss auch sagen, was er stattdessen vorschlägt. Wollen Sie die Gefangenen einfach entlassen, damit sie erneut kämpfen? Wie oft wollen Sie das wiederholen?

SPIEGEL: Werden wir doch mal konkret. Häftlinge wie Chalid Scheich Mohammed, den Drahtzieher der Anschläge des 11. September, könnten Sie ganz einfach in den USA anklagen.

Chertoff: Zu Einzelfällen möchte ich mich nicht äußern, aber hier ist das Problem: Im amerikanischen Gerichtssaal unter amerikanischem Recht müssen wir Beweise in einer für alle Parteien nachprüfbaren Weise sammeln und Zeugen präsentieren. Wir können doch nicht in Afghanistan rumlaufen und die Taliban bitten, uns in Ruhe Tatortfotos schießen zu lassen.

SPIEGEL: Was ist denn mit den Berichten über die Misshandlung von Gefangenen durch das sogenannte Waterboarding etwa, bei dem der Häftling fürchten muss zu ertrinken? Das ist doch der wahre Grund, warum Sie die Gerichte scheuen.

Chertoff: Nein. Für uns ist zum Beispiel schwierig, dass jeder Verdächtige in ame-

rikanischen Verfahren das Recht auf einen Anwalt und Aussageverweigerung hat. Was tut ein guter Anwalt? Er rät seinem Mandanten als Erstes zu schweigen. Wenn wir also einen Anwalt zulassen, bedeutet das, dass wir keine Informationen mehr bekommen. Im Endeffekt würde das dazu führen, dass Menschen sterben müssen. Man würde diesen Leuten die Gelegenheit geben, sofort gegen das Rechtssystem anzukämpfen. Wir wollen die Leute ja nicht misshandeln, aber wir brauchen nun mal Informationen von ihnen.

SPIEGEL: Mit Verlaub, aber das Recht auf einen Anwalt ist eine der fundamentalen Errungenschaften des Rechtsstaats.

Chertoff: Nicht im Krieg. Niemand käme auf die Idee, einem Taliban, den wir in Afghanistan gefangennehmen, einen Anwalt zur Seite zu stellen.

SPIEGEL: Herr Schäuble, fürchten Sie nicht, dass der Kollateralschaden für den Rechtsstaat durch diese Praxis gewaltig ist?

Schäuble: Wir haben uns ja genau deshalb zusammengesetzt und ringen um Lösungen, um das zu verhindern. Sie sehen doch an diesem Gespräch: Es ist schwierig, und gerade deshalb werde ich keine Denkverbote akzeptieren.

SPIEGEL: Herr Chertoff, würden Sie Osama Bin Laden in Amerika vor Gericht stellen, wenn Sie ihn fassen würden?

Chertoff: Das ist eine sehr schwierige Frage. Er könnte Informationen über al-Qaida und Anschlagpläne haben, mit denen wir weiteres Unheil verhindern könnten. Dann, wenn wir alles erfahren hätten, wäre es wünschenswert ihn anzuklagen. Ich bin sicher, dass die meisten Angeklagten es vorziehen würden, in einem deutschen oder einem amerikanischen Gerichtssaal angeklagt zu werden, weil sie dort mehr Rechte hätten. Aber letztlich



Chertoff, Schäuble, SPIEGEL-Redakteure* „Keine Denkverbote akzeptieren“

* Georg Mascolo und Holger Stark am brandenburgischen Schwielowsee.



ANDREW LICHTENSTEIN / POLARIS / STUDIO X

Lager Guantanamo: „Wer uns kritisiert, muss sagen, was er stattdessen vorschlägt“

müsste das die Weltgemeinschaft entscheiden.

SPIEGEL: Leider sieht es so aus, als bliebe das vorerst eine theoretische Frage.

Chertoff: Das kann man nie wissen.

SPIEGEL: Ihr Kollege Schäuble ist in diesem Sommer in Deutschland massiv dafür

kritisiert worden, dass er über die gezielte Tötung Bin Ladens laut nachgedacht hat. Können Sie diese Kritik nachvollziehen?

Chertoff: Davon habe ich nichts gehört ...

Schäuble: ... weil ich eine solche Forderung nicht erhoben habe!

SPIEGEL: Sie haben laut über eine rechtliche Regelung für eine Situation nachgedacht, in der „jemand wüsste, in welcher Höhle Osama Bin Laden sitzt. Dann könnte man eine ferngesteuerte Rakete abfeuern, um ihn zu töten“.

Schäuble: Um eins klarzustellen: Ich habe nur die Rechtsfrage angesprochen, dass wir in diesem Moment nicht wüssten, ob wir Bin Laden als Zivilist oder als Kämpfer einstufen müssten.

Chertoff: Ein Zivilist ist er sicher nicht ...

Schäuble: ... aber ist er ein Soldat? Trägt er eine Uniform?

Chertoff: Nach der Genfer Konvention gibt es Regeln, die ein Kriegsteilnehmer einhalten muss, etwa das Tragen einer Uniform. Das ist ein Problem für uns. Wenn jemand diese Regeln ignoriert, kann es ja nicht sein, dass es für ihn besser ausgeht als für einen normalen Soldaten. Bin Laden ist eindeutig ein Kommandant.

SPIEGEL: Den Sie auf der Stelle ohne juristische Bedenken liquidieren würden, wenn Sie die Chance dazu hätten?

Chertoff: Wenn Sie den feindlichen General auf dem Schlachtfeld stellen, brauchen Sie doch vorher kein Gerichtsverfahren.

Schäuble: Diese Frage müssen internationale Rechtsexperten beantworten.

SPIEGEL: Wie definieren Sie die derzeitige Situation? Bekämpfen wir den Terrorismus – oder befinden wir uns in einem

Krieg gegen den Terrorismus, wie es die amerikanische Regierung seit Jahren behauptet?

Schäuble: Das ist doch eine Frage der Semantik. Die Vereinten Nationen haben den USA jedenfalls das Recht zugesprochen, sich gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen.

SPIEGEL: Wenn es ein Krieg wäre: Wie lange wird er noch dauern?

Schäuble: Unser Bemühen um Sicherheit und Freiheit muss weitergehen, solange wir bedroht sind. Da müssen wir uns noch auf viele Jahre einstellen.

Chertoff: Das ist doch der Kern des Problems. Wir haben bislang nur zwei Modelle, um mit solchen Herausforderungen umzugehen: unser klassisches Rechtssystem und das internationale Kriegsrecht. Beide greifen nicht. Wir können aber nicht so tun, als ob wir deshalb nicht reagieren müssten. Gerade weil der Konflikt lange anhalten wird, brauchen wir eine Antwort.

SPIEGEL: Können Sie denn zumindest die Sorge nachvollziehen, dass, während Sie noch nach Regeln suchen, die Menschenrechte verlorengehen?

Schäuble: Ja, aber ich glaube, wir bemühen uns alle, dass genau das nicht geschieht. Und ich will daran erinnern, dass eines der fundamentalen Menschenrechte auch das Recht auf Sicherheit ist. Selbst wenn hier in Deutschland einmal etwas passieren würde, dürfen wir unsere rechtsstaatlichen Prinzipien nicht aufgeben, hat einer der Konferenzteilnehmer gesagt. Dem stimme ich zu, aber das wird man nur erreichen können, wenn die Menschen davon überzeugt sind, dass alles Menschenmögliche getan wurde, um einen Anschlag zu verhindern.

SPIEGEL: Wie wichtig ist die Zusammenarbeit mit den USA in Sicherheitsfragen?

Schäuble: Überlebensnotwendig, und deshalb müssen wir die gemeinsame Suche nach rechtlichen Grundlagen intensivieren. Wer die Verantwortung für die Sicherheit in seinem Land trägt, muss die Antworten auf die gestiegene Bedrohungslage geben können, ohne dabei die Grundlagen unserer Verfassung zu zerstören.

SPIEGEL: Warum sagen Sie nicht einfach: Nach dem 11. September sind uns im Kampf gegen den Terrorismus Fehler unterlaufen. Das würde die Diskussion mit den Europäern sicherlich erleichtern.

Chertoff: Das tun wir doch. Es sagt ja niemand, dass alles perfekt war. Wir hatten Lücken in unserem Rechtssystem, und direkt nach dem 11. September haben wir einfach losgelegt und wie bei einem Notfall gehandelt. Wenn Ihr Haus in Flammen steht, löschen Sie auch mit Mitteln, die Sie sonst nicht benutzen würden. Die amerikanische Bevölkerung schaut sehr genau darauf, was wir getan haben, was daran gut war und was nicht. Genau deshalb bin ich hier.

SPIEGEL: Herr Chertoff, Herr Schäuble, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Außenminister Steinmeier: Blindflug zwischen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen

DIPLOMATIE

Offene Tore

Zwei Jahre nach der Visa-Affäre belasten neue Skandalfälle das Auswärtige Amt. Sie werfen ein Schlaglicht auf die Risiken im Massengeschäft mit den Einreisepapieren.

Arbeiten, wo andere Urlaub machen: Für drei Polizeibeamte und eine Mitarbeiterin des Auswärtigen Amts ist dieser Wunsch in Erfüllung gegangen.

Schon am 10. November reisten sie nach Ägypten; zwei dürfen nun sogar noch bis kurz vor Weihnachten bleiben – mindestens. Nur die Sonne bekamen die Ermittler bisher ziemlich selten zu Gesicht. Stattdessen meterhohe Aktenstapel und in all dem Papier Indizien für Schiebereien, die gut drei Jahre nach der Visa-Affäre erneut die Frage aufwerfen, wie genau es Deutschland mit der Kontrolle seiner Besucher nimmt.

Rund 50 000 Einreiseanträge müssen die Beamten in der Visa-Stelle der deutschen Botschaft in Kairo durchforsten, weil eine Bande von sechs ägyptischen Mitarbeitern bis Mitte August den deutschen Visa-Entscheidern gefälschte Dokumente untergeschoben haben soll. Knapp 10 000 Anträge haben die Fahnder bereits gefiltert. Zwischenergebnis: 132 faule Visa. „Es können leider noch deutlich mehr werden“, heißt es im Auswärtigen Amt. Dass sich gerade in einem Land mit zahllosen Islamisten eine solche Sicherheitslücke auftun konnte, gilt auch im Diplomatischen Dienst als gravierender Störfall.

Wie in diesem ermittelt die zuständige Staatsanwaltschaft Berlin auch noch in einem weiteren Korruptionsfall. Tatort Moskau, die Visa-Stelle der deutschen Botschaft:

Dort hatte eine Hilfskraft 1259 Antragstellern geholfen, mit gefälschten Dokumenten Jahresvisa zu erschleichen – 153 gingen der Polizei in Deutschland ins Netz.

Beide Fälle rufen Erinnerungen an die Visa-Affäre wach, auf deren Höhepunkt sich vor drei Jahren der Eindruck verfestigte, dass eine Einreisegenehmigung nach Deutschland beängstigend leicht zu haben ist: „Im Zweifel für die Reisefreiheit“, hieß damals die Weisung aus Berlin; vor allem im ukrainischen Kiew gingen die Sichtvermerke über den Tresen der Visa-Stelle wie Bockwürste auf der Kirmes.

Ein Jahr nach Ende des Visa-Untersuchungsausschusses legte die Bundesregierung im Herbst 2006 einen Bericht über „Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Visavergabeverfahrens“ vor. „Durch sorgfältige Ausübung der Fachaufsicht über die Ortskräfte wird das Risiko von Manipulationen und Korruption weitgehend eingeschränkt“, verkündeten die Verfasser. Doch die Fälle in Kairo und Moskau belegen: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft noch immer eine deutliche Lücke – und nicht nur dort, wo kriminelle Energie im Spiel ist.

Vor sechs Wochen haben die CDU-Bundestagsabgeordneten Clemens Binner und Reinhard Grindel die Botschaften in Moskau und Kiew besucht, um herauszufinden, ob „die Ergebnisse des Visa-Untersuchungsausschusses zu hinreichenden Konsequenzen geführt haben“, wie sie